

Fragen zur Ausbildung

Polizei in Hessen: „Ein Jahr NSU 2.0“, FR-Regional vom 14. Dezember

Vorweg eine unerlässliche Feststellung: Die weit überwiegende Mehrheit der hessischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ist über jeden Verdacht erhaben, rechtsradikales Gedankengut zu pflegen und entsprechend zu agieren. Trotzdem stellen sich einige Fragen im Zusammenhang mit den bekannt gewordenen rechtsradikalen Aktivitäten. Wie wird in den Polizeischulen die NS-Vergangenheit Deutschlands behandelt? Werden die aktuellen rechtsradikalen, rassistischen Ereignisse im Land in der Ausbildung aufgearbeitet? Wird beispielsweise die Politik der AfD und ähnlicher Organisationen analysiert? Gibt es dazu konkrete Unterrichtsbausteine? Kommt es zum Einsatz externer Dozenten? Sind schon mal Zeitzeugen zum NS-Terror bis 1945 eingeladen worden? Erfolgt, nachdem die Polizistinnen und Polizisten in den Vollzugsdienst eingetreten sind, eine systematische Fortbildung zu diesen Themen? Darüber hinaus frage ich mich: Fällt Polizistinnen und Polizisten im Umfeld rechtsradikaler Umtriebe in den Polizeiwachen nichts auf oder gibt es eine „Wegschau-Kultur?“ Die Parteien im hessischen Landtag – außerhalb der AfD – sind gefordert, von der Landesregierung und von Innenminister Beuth Aufklärung zu fordern! Dieter Hooge Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

Die Fälle häufen sich

Gemeinnützigkeit, VVN-BdA: „Angriff gegen Attac“, FR-Wirtschaft vom 7.12.

Sitzen Lobbyisten in den Finanzämtern?

Zuerst wurde Attac die Gemeinnützigkeit vom Finanzamt Frankfurt/Main entzogen. Dann entzog das Finanzamt Berlin Campact und der Bundesvereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes die Gemeinnützigkeit und beabsichtigt, sie ebenfalls der Petitions-Plattform Change.org zu entziehen.

Sitzen die Lobbygruppen jetzt schon direkt in den Finanzämtern? Welcher Verein ist als nächster dran? Fridays for Future? Ach nein, das geht ja zum Glück nicht, die sind nicht als Verein organisiert.

Fritz Brehm, Frankfurt

Die Politik ist gefordert, dies Unrecht zu beseitigen

Die AfD „wirkt“. Sie wirkt gegen „links“. Jetzt wurden die „Folterinstrumente“, die die Abgabenordnung vorhält, gegen die alte und im Kampf gegen Rechts versierte Verein der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten eingesetzt. Welcher linke Verein wird der nächste sein? Es reicht die Erwähnung in einem Länderverfassungsschutzbericht als „extremistisch“, um der steuerlichen Gemeinnützigkeit verlustig zu gehen. Einmal mehr zeigt sich mir, wie demokratisch nicht legitimierte „Verfassungsschützer“ der „Verfassungs-

schutzämter“ operieren können. Es braucht dafür aber auch die Politik, die das aufgreift.

Eine Regelung, die gegen Nazis greifen sollte, trifft jetzt die Linke, und ein Länderfinanzamt meint, diese Regelung nutzen zu müssen. Und das in einer Situation, in der nicht unwesentliche Teile der CDU/CSU sich zur völkisch-nationalistischen AfD hin orientieren und eine dramatische Rechtsentwicklung in Deutschland zu beobachten ist?

Dass viele gar nicht „selbstlosen“ unternehmernahen Lobbyisten-Vereine weiterhin ihre Gemeinnützigkeit behalten können, stört dabei nicht. Die Politik ist gefordert, dieses Unrecht zu beseitigen! Ich bin da nicht sehr optimistisch. Der SPD-Bundesfinanzminister muss sich genau überlegen, was er will. Das Berliner Finanzamt für Körperschaften I arbeitet unter den Bedingungen einer zumindest linksliberalen Landesregierung, die die Partei die Linke einschließt.

Die unappetitliche AfD wird die Aberkennung der Gemeinnützigkeit eines erfahrenen politischen Gegners, der in die Ecke der Verfassungsfeindschaft gedrückt wird, erfreut zur Kenntnis nehmen und kann ungestört eine demnächst mit fetten Staatsgeldern gefütterte „rechtsnationale“ Parteistiftung weiter aufbauen.

Thomas Ewald-Wehner, Nidderau

Stephan Hebel spricht zum Thema „Was bringt uns das neue Jahr?“ Mit Diskussion. **Donnerstag, 16. Januar, 19 Uhr** **Genusskomplizen, An der Kleinmarkthalle 7-9, Frankfurt**

Claus-Jürgen Göpfert moderiert die Veranstaltung „Soziale Architektur und sozialistische Politik - Margarete Schütte-Lihotzky als Akteurin des Neuen Frankfurt“. Mit Marcel Bois, Historiker, Mitherausgeber der neuen Biografie über Schütte-Lihotzky. **Montag, 27. Januar, 19 Uhr** **Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt**

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu aktuellen Themen. **Donnerstag, 30. Januar, 19 Uhr** **Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt**

Jens Joachim moderiert das Gespräch „Kulturelles Erbe und Zukunft. Die Rolle der Museen heute“ mit Martin Faass, Direktor des Hessischen Landesmuseums Darmstadt. **Dienstag, 18. Februar, 18:30 Uhr** **Offenes Haus, Rheinstraße 31, Darmstadt**

Bascha Mika stellt das Buch „Mut für einen Feminismus, der Allen gut tut“ vor, das sie zusammen mit Nadja Erb (FR) geschrieben hat. **Donnerstag, 20. Februar, 18 Uhr** **Literaturhaus, Darmstadt**

HP_0LES02FRDA - B_180334

